

Pascual Serrano, Demokratie und Pressefreiheit¹

Redebeitrag anlässlich eines Seminars über „Demokratisierung der Medien“ in Porto Alegre, Brasilien, am 3. November 2011. Es wurde von der dortigen Juristenvereinigung durchgeführt.

Häufig verwendet man den Begriff „Pressefreiheit“, tatsächlich aber meint man Meinungsfreiheit. Ich ziehe den zweiten Begriff vor, genauer gesagt: Mir geht es um „das Recht zu informieren und informiert zu werden“. Grundsätzlich sollte die Pressefreiheit Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern das Recht garantieren, sich zu organisieren um Kommunikationsmedien herauszugeben. Die Inhalte dürften von den Staatsgewalten weder kontrolliert noch zensiert werden.

Ein Problem besteht darin, dass in dem gegenwärtigen System der Marktwirtschaft die Medien auf eine hoch entwickelte Technologie angewiesen sind, die immer neue und große Investitionen erfordern. So kann das Recht zu informieren und informiert zu werden, nur eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe praktizieren.

Heute gibt es in keinem industrialisierten Land ein annähernd mächtiges und einflussreiches Kommunikationsmedium - gegründet von Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, die sich organisiert haben, um sich öffentlich Gehör zu verschaffen. Wenn man unter diesen Umständen Pressefreiheit mit Meinungsfreiheit gleichsetzte, wäre es dasselbe wie wenn man das Recht auf Gesundheit gleich machte mit dem Recht ein Krankenhaus zu gründen und es zu betreiben.

Ich bin weder dagegen noch habe ich etwas dagegen, dass ein Geschäftsmann eine Zeitung gründet. Aber das hat nichts mit Meinungsfreiheit zu tun. Tatsächlich besteht die Pressefreiheit im Recht der Unternehmerschaft, in einem bestimmten Bereich zu handeln. Dies ist leider keineswegs ein allgemeines Recht aller Staatsbürger.

Die vierte Macht

In Zeiten der französischen Revolution prägte man den Ausdruck „Vierte Gewalt“ für die Kommunikationsmedien. Damit sollte

¹ Aus dem Spanischen übersetzt von Gerhard Pöter in Zusammenarbeit mit Birgit Wingenroth

herausgestellt werden: die Medien stellen eine vierte Gewalt dar, eine Gewalt in den Händen der Bürger, die die anderen drei Gewalten, nämlich ausführende, gesetzgebende und Rechtsgewalt, kontrollieren sollte. Im Laufe der Zeit und mit der Entwicklung der Marktwirtschaft mussten wir feststellen, dass die drei Gewalten durch die ökonomische Macht ernstlich bedroht sind. Mit ihrem Einfluss, ihrem unersättlichen Machthunger und ihrer Fähigkeit zu korrumpieren, hat sie sich zu dem Ausschlag gebenden Akteur unserer politischen Systeme entwickelt. Trotz dieses gefährlichen Einflusses haben die drei traditionellen Gewalten einige demokratische Verfahrensweisen und eine mehr oder weniger wirksame öffentliche Kontrolle aufrecht erhalten. Dennoch wird die vierte Gewalt von der ökonomischen Macht total durchdrungen und kontrolliert. Die neoliberalen politischen Prozesse, die wir in den achtziger und neunziger Jahren durchlitten haben, machten die Organe der öffentlichen Informationssysteme mit Hilfe der Rechten und angesichts der Gleichgültigkeit der Linken². „dem Erdboden gleich“. Diese einst staatlichen Medien wurden von der Linken verabscheut, weil sie der Militärdiktatur zu Diensten gewesen waren. Darüber hinaus übernahmen die Kommunikationsmedien in den demokratischen Ländern eine immer komplexere und mächtigere Rolle. Denn die öffentliche Meinung zu gestalten, ist ein wesentlicher Bestandteil der Ausübung der Macht. Als Ergebnis haben wir nun eine vierte Macht mit den folgenden Merkmalen:

Sie ist ein bloßes Anhängsel von wirtschaftlichen Unternehmensgruppen. Wir sind fest davon überzeugt, dass die vierte Gewalt mächtiger ist als die anderen drei. Dies lässt sich sehr einfach wahrnehmen, wenn wir zum Beispiel die Aggressivität beobachten, mit der die Medien auf die progressive Politik in Lateinamerika reagiert haben. Heute wird die massive Opposition zu diesen Regierungen nicht von politischen Parteien mit der entgegengesetzten Ideologie und dem entsprechenden staatsbürgerlichen Engagement betrieben. Es sind im Gegenteil die großen Kommunikationsmedien, die diese Aufgabe erfüllen und sich so in die entscheidenden politischen Akteure verwandelt haben.

Im Unterschied zu den andern drei Gewalten verfügt die Mediengewalt über keinerlei demokratische Legitimität. Niemand stimmt für oder gegen sie, niemand wählt sie. In Brasilien ist es Brauch geworden, vom „informativen Oberstentum“ zu sprechen.

² Die Linke empfand das Verschwinden der öffentlichen Medien als Erleichterung, da diese als Teil der unterdrückerischen Gewalt der Militärdiktaturen in Lateinamerika erlebt und erlitten worden waren.

(Anm. d. Ü.)

Wenn man sich in Erinnerung ruft, was die Obersten in Lateinamerika bedeuteten, sagt dies genug.

Unter dem Schirm der Pressefreiheit haben sie einen beeindruckenden Grad von Straffreiheit erreicht. Die Medien lügen heutzutage konstant, manipulieren, beleidigen, zerstören Ansehen und Karrieren von denen, die sich gegen sie stellen. Sie sind gegenüber jedweder legitimen Macht, die es wagt, ihre Privilegien in Frage zu stellen, absolut intolerant. Sie haben die fortschrittlichen lateinamerikanischen Regierungen angegriffen, weil diese ihr eigenes öffentliches Fernsehen entwickelt, Sendegenehmigungen für die sozialen Bewegungen erteilt und Gesetze verabschiedet haben, die den Medien Wahrhaftigkeit der Berichterstattung abverlangten. Am 31. Oktober erschien folgende Überschrift in der spanischen Zeitung "El País": *Die Richter bedrohen die Pressefreiheit in Lateinamerika*. Als ob die Richter ganz Lateinamerikas sich verständigt und geeinigt hätten, um gegen die Pressefreiheit vorzugehen! Sie waren im Gegenteil lediglich dabei, demokratisch verabschiedete und legitime Gesetze anzuwenden, in Folge dessen einige Medien sanktioniert wurden, weil sie gelogen, verleumdet oder Verbrechen verteidigt hatten.

Die Medien sind zwar Unternehmen, aber sie sind keinerlei ökonomischen Kontrollen unterworfen, wie dies bei den anderen Gewalten der Fall ist. Ein Abgeordneter, ein Funktionär, ein Minister oder Richter würde im Gefängnis landen, nähme er Geld von einer Gruppe oder einer Person an, die sich in einem Rechtsverfahren befindet. Die Medien bekommen dagegen täglich (durch Werbung und auf anderem Wege) Geld von interessierten Gruppen oder solchen mit gesellschaftlichem Einfluss.

Im Gegensatz zu anderen Machtinstanzen haben die Medien keine Gegenmacht. Die Regierung hat eine Opposition, die Unternehmer Gewerkschaften, die Firmen Verbrauchervereinigungen. Man hat Versuche gestartet, Institutionen zur Beobachtung und Kontrolle der Medien einzurichten, aber sie konnten sich nicht fest etablieren.

Erinnern wir uns: Die Besitzer der Medien sind nicht einmal Spezialisten im Kommunikationsbereich. Sie sind Eigentümer von Unternehmenskonglomeraten mit Aktien und Interessen in allen Sektoren, von multinationalen Konzernen der Telekommunikation bis hin zu Bankengruppen, die unerlässlich sind für die Finanzierung. Sie leben von den großen Anzeigeninserenten der Energieproduktion, der Automobilindustrie, der Warenhäuser. Diese Medien sind wahrlich keine „vierte Gewalt“. Sie verkörpern die Macht des Geldes. Fügen wir ein weiteres Element hinzu. Nach den Gesetzen der Marktwirtschaft sind die privaten Unternehmen gesetzlich verpflichtet, die Gewinne ihrer Aktionäre zu maximieren. Das Gesetz verbietet den

geschäftsführenden und Verwaltungs-Direktoren jegliche Aktivität, die die ökonomischen Interessen der Aktionäre beeinträchtigen könnten. Wenn sie den Arbeitern mehr als das Nötigste bezahlen, die natürliche Umwelt schützen, eine Lösung für einen kriegerischen Konflikt finden oder die Menschenrechte einer Minderheit verteidigen und dabei die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung der Firma beeinträchtigen, kann das ein Strafverfahren von Seiten der Aktionäre nach sich ziehen. Deshalb sind ethische und moralische Prinzipien mit dem Geist des Marktes unvereinbar.³ Ausgehend von dieser Regel können wir nun begreifen, wohin uns die Kommunikationsmedien führen, die Eigentum der großen Privatunternehmen darstellen und deren Werte mit demokratischen unvereinbar sind.

So kommt es, dass die Eigentümer der Kommunikationsmedien die Pressefreiheit einfordern und sich wie Verteidiger und als Schutzwälle der Demokratie präsentieren, aber tatsächlich keinerlei Interesse weder an der Wahrheit noch an der Demokratie haben – so wenig wie ein Fabrikant von Waschmaschinen. Im Gegenteil. Die Medienbesitzer stellen sich auf die Seite der Banken, die auf die Schuldner, die ihre Hypotheken nicht bezahlen können, massiven Druck ausüben; auf die Seite der großen Unternehmen, die Entlassungen vornehmen, um ihre Gewinne zu erhöhen; auf die Seite der multinationalen Konzerne, die den Planeten zerstören, um Verträge für Werbung bekommen, auf die Seite der privaten Krankenhäuser und Universitäten, die sicherlich mehr Inserate aufgeben werden als die öffentlichen Dienstleister. Es handelt sich um dieselben Eigentümer, die auch die entsprechenden Banken besitzen, die ihnen Finanzierungsmittel zur Verfügung stellen. Ein US-Journalist gab zum Besten, dass man in seinem Land einen Präsidenten, der der demokratischen Partei angehört, kritisieren kann, ebenso einen republikanischen. Aber was man niemals veröffentlichen könnte, wäre die Nachricht, dass man eine Fliege in einer Coca Cola-Flasche gefunden hätte.

Selbstverständlich werden diese Medien alle Politiker unterstützen, die mehr Macht für den Markt und weniger für die Staatsbürger wollen. Die Zeitungen, die Fernsehstationen, die Radios mit ihren Kommentatoren, ihre Leitartikel, die Reportagen, die von ihnen bestellt und von ihnen bezahlt worden sind, werden sich wie Wölfe auf diejenigen stürzen, die es wagen sich gegen die Privilegien auszusprechen, denn sie dienen zu nichts anderem als sie mit Haut

³ Beispiel: Waffen sind auch Waren. Der Produzent ist daran interessiert, so viel wie möglich davon zu verkaufen und so einen höheren Gewinn als der Konkurrent zu erzielen. Eine Friedenspolitik der Regierung wäre schädlich für solche Unternehmen. Den Direktoren ist es deshalb rechtlich nicht erlaubt, Friedensbewegungen zu unterstützen, wenn das Gewinnverluste zur Folge hat. (Anm. d. Ü.)

und Haaren zu verteidigen. Das Schlimmste aber ist: Das nennen sie Pressefreiheit!

Ich werde ein Beispiel aus Spanien erzählen, das die Macht der Medien und ihrer Unternehmen illustriert. Es handelt sich um das Anzeigengeschäft mit der Prostitution in den Printmedien. Wir können in jeder beliebigen Zeitung nachlesen, dass und wie sie die elenden Arbeitsbedingungen der Sexarbeiterinnen und ihre Ausbeutung anprangern. Tausende von Frauen, die aus verarmten Ländern kommen, sind ihnen unterworfen. Aber nur wenige Zeitungen verzichten auf die Einkünfte dieser Art der Anzeigen-Werbung, die ihnen große Einnahmen bringen. Nach einem Untersuchungsbericht einer Parlamentskommission von 2007 über das Problem der Prostitution wurden zwischen 700 und 1000 Anzeigen dieser Art an einem Tag in spanischen Zeitungen veröffentlicht. So können zum Beispiel Zeitungen wie El Pais und El Mundo jährlich um die sechs Millionen Euro aus diesem Geschäft kassieren. Andere, wie die Gruppe Vocento, machten sogar einen Schnitt bis zu 10 Millionen Euro. Die spanische Regierung erarbeitete ein integrales Projekt gegen das Geschäft mit der Prostitution, das am 1. Januar begann und das die Prostituierten als „Opfer“ sieht. In Europa ist die Prostitution eng verbunden mit einer Situation der Halbsklaverei von Frauen, die mit Betrug und Gewalt zu ihrer Tätigkeit gezwungen werden. Der von der Regierung ausgearbeitete Plan legte den Zeitungen nahe, durch Selbstregulierung jede unternehmerische Beziehung mit der Prostitution aufzugeben. Nur einige wenige unbedeutende Zeitungen befolgten die Empfehlung. Die Mehrheit der Zeitungen und die bedeutendsten unter ihnen verdienen sich eine goldene Nase mit den Anzeigen. Das Verbot dieser Werbung würde mit Sicherheit einen breiten sozialen und ideologischen Schulterschluss in der Bevölkerung finden. Trotzdem hat keine Regierung den Mut, die Anzeigen zu verbieten, um die großen Zeitungen nicht bei ihrer Geschäftemacherei mit der Prostitution zu stören. Wenn sie sie verböten, würde der Staat mit Sicherheit der Verletzung der Pressefreiheit beschuldigt.

Warum garantiert die Pressefreiheit die Meinungsfreiheit der Staatsbürger nicht?

Artikel 19 der Allgemeinen Menschenrechte legt das Recht auf den „Zugang zu Informationen und Meinungen“ fest. Das spanische Grundgesetz ist das erste in Europa, welches das Recht auf „wahrhaftige“ Information enthält. Wenn also die Nachrichten unserer Medien weder wahrhaftig sind noch die notwendige Qualität besitzen und die Meinungen nicht ausgewogen sind, werden zwei Pfeiler der grundlegenden Gesetzgebung unserer Gemeinschaft verletzt, auch wenn man weiterhin mit Pressefreiheit prahlt.

Damit alle Staatsbürger das Recht nutzen können Informationen und Meinungen zu erhalten, müssen andere das Recht haben, Informationen zu verbreiten und Meinungen zu äußern. Dieses Recht – das wissen wir alle – besitzt nur ein Oligopol von wenigen Unternehmen der Kommunikation. Darum üben die Medien nicht das Recht auf Meinungsfreiheit aus, sondern das Recht auf Zensur. Denn die Medien entscheiden, was veröffentlicht und verbreitet wird und was nicht.

Die neue Zensur

Über einen langen Zeitraum hinweg haben wir Diktatur oder Missbrauch der Macht mit zensurierter Information in Verbindung gebracht. Sie bestand im Verbot, bestimmte Informationen zu verbreiten. Es liegt offen zutage, dass das heutige Problem der Information nicht die Zensur ist. Nur in wenigen Ländern verhindert man noch die Verbreitung von Daten, von Tatsachen oder einer bestimmten Meinung.

Trotzdem ist weiterhin das Recht auf Information eingeschränkt. Mit anderen Worten, wir haben andere Formen von Zensur. Sogar mehr davon. Der polnische Schriftsteller und Journalist Ryszard Kapuscinski hat die Situation der Zensur unter dem sogenannten realen Sozialismus mit den Praktiken der heutigen Medienlandschaft verglichen. Seiner Meinung nach findet die Zensur jetzt durch die Manipulation statt. Die Manipulation wirkt wie eine Tarnung.

Wenn vorher in seiner Heimat Polen die Regierungen die Verbreitung von bestimmten Nachrichten verhinderten, wird dasselbe heute durch raffiniertere Methoden erreicht: Zum-Schweigen-Bringen, Verharmlosen, Ablenken der Aufmerksamkeit auf geringere, bedeutungslose Angelegenheiten, aufmüpfige Intellektuelle Marginalisieren und sogar Lügengeschichten Verbreiten, Falschinformationen über das Opfer, nämlich den aktiven, demokratischen Staatsbürger, in die Welt Setzen. Die diesbezügliche Situation hat sich nicht verändert.

Lassen Sie uns zwei sich ähnelnde Vorgehensweisen analysieren! Wenn ich unter einer Diktatur lebe und sie verhindern möchte, dass ich einen Brief von einem Freund in einem anderen Land bekomme, kann die Regierung eine traditionelle Methode eines unterdrückerischen Systems anwenden: nämlich einem Polizisten befehlen, meinen Briefkasten zu bewachen, und wenn der Brief ankommt verhindern, dass er mich erreicht. Sie könnte auch noch etwas anderes machen: d.h. ihren Agenten befehlen, fünfhundert Briefe in meinen Briefkasten einzuwerfen, darunter auch den für mich bestimmten. Auf diese Weise wird sie ebenfalls erreichen, den Informationsaustausch zwischen uns beiden zu unterbinden. Ein

anderes ähnliches Vorgehen besteht in einem Spiel von Kindern: Pepito möchte Juanito etwas mitteilen, aber die anderen Kinder möchten nicht, dass Juanito es erfährt. Wenn also Pepito etwas sagen will, fangen alle an zu schreien oder zur selben Zeit zu sprechen. Das Ergebnis: Juanito weiß nicht, was Pepito ihm erzählen will.

Wir werden einverstanden sein, dass die beiden angeführten Beispiele dieselbe Wirksamkeit besitzen wie ein System der Zensur, nämlich die Weitergabe einer Botschaft zu verhindern. Ich möchte folgenden Gedanken vermitteln: Es gibt eine neue Form von Zensur, anders als die traditionelle, aber gleich wirksam: Die Wahrheit zusammen mit der Lüge unter uninteressanter Information zu vergraben. Wenn die Medien lügen können, ohne dass sie sich verantworten müssen, werden sie es dauernd tun. Sie tun es und der Staatsbürger kann so nicht mehr zwischen Wahrheit und Lüge unterscheiden. Er weiß nicht, was die Wahrheit ist. Das heißt, es ist wie die Zensur unter der Diktatur.

Das Recht auf Zensur.

Wir sprechen weiter über Zensur. Die Meinungsfreiheit - die sie Pressefreiheit nennen - muss auch darin bestehen, dass wir über die eingereichten Klagen und Beiträge einer ökologischen Bewegung, einer Gewerkschaft, von Rechtsanwälten, die Menschenrechte vertreten, informiert werden und uns informieren können. Das heißt, es geht um die kritischen Stimmen, die etwas zu sagen haben. Bestehen Verbote, dass diese Personen und Verbände ihre Kritiken äußern können? In der Mehrheit der Länder nein. Wer aber hat die Macht, dass diese Stimmen von den Staatsbürgern gehört werden können? Offensichtlich die Kommunikationsmedien. Sie üben aber in diesem Fall nicht das Recht auf Meinungsfreiheit aus, sondern das Recht auf Zensur, indem sie entscheiden, was wir Staatsbürger erfahren sollen und was nicht. Eine Demokratie muss das Recht des Staatsbürgers garantieren zu informieren und informiert zu werden. Dieses Recht darf nicht in den Händen der privaten Kommunikationsmedien bleiben, wie es gewöhnlicher Weise geschieht. In unserem marktwirtschaftlichen System üben nicht die Regierungen die Zensur aus. Es sind die Kommunikationsmedien, die das tun.

Die Medien überrennen die anderen Gewalten

Unsere Gesellschaft funktioniert nach den Regeln der repräsentativen Demokratie. In ihr hat die öffentliche Meinung eine entscheidende Macht. Von daher haben die Akteure, die an der Gestaltung des öffentlichen Raums arbeiten, sich in eine einflussreiche Machtgruppe

verwandelt. Die Medien wurden geschaffen, um die Bürgerinnen und Bürger über Ereignisse zu informieren sowie über Vorschläge der Politiker, und Maßnahmen der Regierenden, über Meinungen der Opposition und der sozialen Bewegungen. Aber die Hypertrophie des Medienmodells hat die Medien in Abfänger von Information verwandelt, nicht so sehr in Übermittler. Das hat zum Ergebnis: sie bemächtigten sich der anderen drei Gewalten und drängen sie an den Rand.

Ausführende Gewalt. Die ausführende Gewalt steht im Dienst der Medien, wenn es darum geht, den Bürgern politische Aktionen, Positionen und Absichten zu erklären. Ein Präsident oder ein Minister (der Millionen von Menschen repräsentiert) gibt eine Pressekonferenz und es werden die Medien sein (Medien, die niemanden repräsentieren), die entscheiden, ob und auf welche Weise und in welchem Umfang sie seine Botschaft weitergeben werden. Ein Journalist, der Kommentare schreibt, hat durch seine vermittelnde Präsenz mehr Zugang zu den Bürgern als ein Minister.

Legislative. Die Bürger nehmen weder an Parlamentssitzungen teil, um sich die Debatten anzuhören, noch verfolgen sie sie über das Fernsehen oder Radio. Es sind die Medien, die über sie berichten, wenn sie es denn für opportun halten. Ich selbst habe miterlebt, wie eine Oppositionspartei, die etwas kritisch hinterfragen wollte, zunächst einmal eine Pressekonferenz einberief statt eine Anfrage im Parlament auf den Weg zu bringen. Dann berief die Regierung eine Pressekonferenz ein, um der Opposition zu antworten. Auf diese Weise wird die Institution, auf die sich die gesetzgebende Gewalt stützt, mit ihren verhältnismäßigen Repräsentantengruppen, mit ihren Regeln für Debatten und Anfragen durch Mikrofone und Kameras ersetzt. Wenn heute ein Abgeordneter wählen müsste zwischen einer halben Stunde Redebeitrag im Plenum des Parlaments und zehn Minuten im Fernsehen, würde er sich für das zweite entscheiden. Er weiß, was wirksamer ist...

Die Rechtsgewalt. Die Rechtsgewalt befreit sich ebenfalls nicht von der Vereinnahmung durch die Medien. Wir alle wissen, dass Richter immer öfter anordnen, Geschworene im Verlauf der Gerichtsverhandlung zu isolieren, um eine Beeinflussung durch das von den Kommunikationsmedien geschaffene Klima zu vermeiden. Das heißt, die Medien besitzen Macht über Gerichtsentscheidungen. In anderen Fällen werden Richter und Zeitungen Opfer von Medienkampagnen. In Italien verurteilte der Richter Raimondo Mesiano die Firma Fininvest von Berlusconi, an den Bürger De Benedetti im sogenannten Fall Mondadori eine Wiedergutmachung von 750 Millionen Euro zu zahlen. Das Urteil bestätigte, dass die Firma von Berlusconi auf illegale Weise eine Zeitung im Besitz von Carlo de Benedetti entwendet hatte. Danach begannen die

Fernsehstationen von Berlusconi eine Kampagne gegen den mehr als sechzig Jahre alten Richter, um ihn lächerlich zu machen. Die Kameras des Fernsehens folgten ihm insgeheim auf der Straße, um ein vielleicht nicht ehrenhaftes Verhalten zu entdecken. Weil sie nichts Anormales entdecken können, senden sie Bilder, die ihn bei einem Gang zum Friseur zeigen. Sie machen ihn lächerlich und behaupten, er sei verwirrt, weil er vorwärts und rückwärts geht, dass er nicht aufhört zu rauchen (in Wirklichkeit stand er nur auf der Straße und wartete in einer Schlange auf einen Platz beim Friseur) und beenden die Reportage mit einem Hinweis auf eine „Extravaganz“. Dass er ein weißes Hemd trägt, eine blaue Hose, weiße Strümpfe und blau-türkise Socken, die „nicht sehr angemessen sind in einem Gerichtssaal“, sagt die Journalistin. Der Fernsehkanal, dessen Eigentümer bezahlte Sextreffen mit Minderjährigen pflegt, äußert sich über die Angemessenheit von blauen Socken in Gerichtssälen. Alle Vereinigungen von Richtern verurteilten diese miserable Medienkampagne.

Die Rolle des Staates

In den herkömmlichen Diktaturen war ein Kommunikationsmedium mit dem Staat als Eigentümer identisch mit der Kontrolle der Bevölkerung durch den Militär- und Unterdrückungsapparat. Die Wahrheit, Anklage und Kritik konnten nur von den nicht-staatlichen Medien kommen, die aber verfolgt und unterdrückt wurden. Das gegenwärtige Modell der repräsentativen Demokratie hat trotz aller seiner Mängel diese Situation geändert. Der Staat ist nicht mehr Unterdrückungsapparat und sollte sich in den legitimen Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft verwandeln. In der Demokratie sind Gesetzgeber und Regierende unsere Repräsentanten. Die Gesetze werden vom Volk anerkannt wie das Gerichtswesen, das die approbierte Gesetzgebung durch öffentliche Repräsentanten anwendet. Es gibt keine legitimen Gesetzgeber, auch keine Gesetze, keine Richter außerhalb von demokratischen Systemen, obwohl man repräsentative soziale Gruppen berücksichtigen sollte. Deshalb – um zu den Medien zurückzukehren – ist oder sollte der Staat der Garant für die Werte Pluralität, Demokratie und Beteiligung an den Kommunikationsmedien sein. In der Tat geht es um nichts anderes als um die gleiche Behandlung von Diensten und Rechten wie z.B. Gesundheit und Erziehung. Wir sind überzeugt, dass nur ein Sozial- und Rechtsstaat die medizinische Versorgung für diejenigen, die dafür keine Mittel besitzen, und eine würdige Erziehung für alle Staatsbürger und Staatsbürgerinnen garantieren und leisten kann. Wir wissen, dass ein privates Gesundheitssystem und die privaten Gymnasien dies niemals leisten werden, da sie aus Interesse am Profit handeln. Genau so verhält es sich mit einem Kommunikationssystem, das auf Privatunternehmen und den Markt gegründet ist. Dieses kann ebenfalls nicht das Recht der Staatsbürger

garantieren zu informieren und informiert zu werden. Der Begriff Meinungsfreiheit wird ungerecht interpretiert. Er kommt als Pressefreiheit daher und besteht tatsächlich in dem Privileg der privaten Medien. Diese fordern aber in Wirklichkeit das Recht auf Zensur. Das heißt, sie wollen die einzigen sein, die auswählen, was veröffentlicht wird und was nicht.

In der Tat stehen Bemühungen der Regierenden und ihrer Parteien, die Medien zu kontrollieren, auf der Tagesordnung. Die Alternative aber wäre, Mechanismen aufzubauen, die die Unabhängigkeit und Professionalität der Journalisten und der Privatbürokratien garantieren. Außerdem können die privaten Medien, auch wenn es paradox erscheinen mag, der politischen Macht mehr von Nutzen sein als die öffentlichen. Vergessen wir nicht, dass ein großer Teil der Einnahmen von Regierungsentscheidungen abhängt: institutionelle Werbung, Subventionen, Hilfen... Und trotzdem, es gibt keine Kontrollmechanismen, die für den öffentlichen Bereich etabliert werden könnten: Herausgeberrat, Repräsentanten der Opposition oder der parlamentarischen Kommission, Räte der Staatsbürger... Diese Situation verursacht einen doppelten, widersprüchlichen Diskurs der Eigentümer der privaten Medien: Sie beklagen Interventionismus, wenn die demokratischen Entscheidungen ihnen nicht gefallen, aber sie fordern Geld und öffentliche Hilfen, wenn sie ökonomische Probleme zu verzeichnen haben.

Wir können trotzdem nicht leugnen, dass zum Beispiel die öffentlichen Fernsehanstalten nicht über die demokratischen Beteiligungsmechanismen verfügen, wie wir sie alle uns wünschen würden und dass die Regierungsmacht in vielen Fällen extrem stark ist. Jedermann weiß, dass die professionellen Mitarbeiter der privaten Medien niemals die Versuche der Eigentümer, Druck zu machen, denunzieren oder im Fernsehen zeigen könnten. Die wirkliche Unabhängigkeit und Pluralität, die wirkliche Pressefreiheit kommt entweder von den öffentlichen und kommunitären Medien mit Hilfe des Staates oder sie kommt niemals. Deshalb müssen wir die Pflicht des Staates in den Kommunikationsmedien einfordern, eine Pflicht, die sich auf gesellschaftliche Beteiligung und nicht auf parteiliche Begünstigung der Regierungsmacht gründet. Ebenso wie die öffentliche Verwaltung Ärzte, Universitätsprofessoren, Richter, Berufsdiplomaten anstellt, ohne auf ihre Ideologie zu achten und ohne sie danach politisch lenken zu wollen, so könnte es auch mit den Professionellen der öffentlichen Kommunikationsmedien geschehen. Wir dürfen auch nicht die Gemeinschaftsmedien vergessen, die nur von Nutzen und solide sein werden, wenn der Staat sie mit Ressourcen versorgt, damit sie sich aus ihrer Marginalität befreien können.

Wir müssen zugeben, dass es in der Demokratie viele Präzedenzfälle von schlechten öffentlichen Medien gegeben hat, die sich ausschließlich in den Dienst einer herrschenden politischen Gruppe gestellt haben und dabei die Stimme von staatsbürgerlichen Gruppierungen, von Oppositionellen und unabhängigen Intellektuellen ignorierten. Aber das darf uns nicht daran hindern, dass wir uns für den Staat als Weg der Demokratisierung der kommunikativen Landschaft einsetzen. Wir werden die Gerichte nicht privatisieren, weil wir die Richter als zu parteilich zugunsten einer bestimmten Regierung erachten. Wir können nicht hoffen, dass der Markt uns die nötige Pluralität verschaffen kann, wenn der Staat sie uns nicht gibt. Die Stigmatisierung des Öffentlichen, auf der die neoliberale Ideologie so sehr bestanden hat, war unter zahlreichen Umständen wirksam. Eine unter ihnen ist die Wahrnehmung des Öffentlichen in Bezug auf die Kommunikationsmedien.

Wir stehen vor einer neuen Herausforderung. Wir müssen eine Methode suchen, mit der die Bürger ihr Recht auf Kommunikation mit Hilfe des Staates zurückgewinnen können. Wir müssen von ihm fordern, dass er seiner Verpflichtung nachkommt, es zu garantieren. Diesem Staat sollten wir Macht geben und er den Staatsbürgern Kontrolle. Dies ist die wirkliche Pressefreiheit in einer Demokratie.

Die Übersetzung des Beitrags von Serrano möchten wir den Unterstützerinnen und Unterstützern zu Ostern schenken, die verschiedene Sozialprojekte in der Colonia 22 de abril in Soyapango am Stadtrand von San Salvador, El Salvador, solidarisch begleiten. Der Verein hier in El Salvador trägt den Namen von „Jean Donovan“, einer Frau, die im salvadorianischen Bürgerkrieg in der Nähe des Flughafens zusammen mit drei Ordensschwestern ermordet wurde.

San Salvador, 24.3.2012

Der 24.3. ist der Todestag des salvadorianischen Märtyrerbischofs Oscar Arnulfo Romero